

Gewerkschaften und SPD. begehen den 1. Mai als d

Diese Politik machte die Arbeiter unfähig, die Bewegung der Arbeiterparteien zu einer Bewegung der Arbeiter zu setzen des kapitalistischen Systems und damit das Wesen der Sozialdemokratie zu verstehen und das Lehren für die Arbeiterklasse zu ziehen. Im Siegestaumel der „machtvollsten Arbeiterpartei“ und der „Weltbewegung“ hatten sie sich blindlings der Katastrophe der internationalen Arbeiterbewegung zu, trotz der feierlichen Schwüre auf internationalen Kongressen, gegen jeden Krieg zu kämpfen, war plötzlich im August 1914 die Weltkrieg da. Die Sozialdemokratie aller Länder schlug sich auf die Seite ihrer nationalen Bourgeoisie. So wenig diese Tatsache auch vorausgesehen wurde, so sehr lag sie doch logisch in dem reformistischen Wesen der SPD und der Gewerkschaften.

[illegible]

Ratifikation des Washington Abkommens, für Völkerrriede und internationale Demokratie" demonstriert. Die kapitalistische Niedrigzinsperiode, die sich in der schweren Krise der dortigen Wirtschaft besonders deutlich darstellt, führt zur fortgesetzten Verelendung des Proletariats, zu intensiver Ausbeutung und zur Dauerarbeitslosigkeit der Massen. Ebenso wenig wie das Kapital in seinem Profitinteresse wohlgeleitete Ratschläge des "Wirtschaftsprogramms" der Gewerkschaften zur Vermeidung von Härten bei der Durchführung der Rationalisierung und zur Stärkung der Kaufkraft (Lohnhöhrungen und Preisabbau) aus Nächstenliebe annehmen kann, so wenig auch den ganzen Wust der KPD-For-

Diese revolutionäre Klassenfront muß sich in Betrieben und auf den Arbeitsnachweisen bilden. Revolutionäre Betriebsorganisationen, zusammengeschlossen zur Allgemeinen Arbeiter-Union, müssen der Ausdruck des Willens des Proletariats sein, sich endlich aus der Schlinge der Gewerkschaften zu befreien. Sie müssen den Willen des Proletariats ausdrücken, sich nicht länger durch den demokratisch-parlamentarischen Bodenunzer ablenken zu lassen. Nicht die Parlamentsschwärzer sind die Machthaber. Die Parlaments-

Bucharin auf dem 14. Parteitag der Bolschewiki:
„Es gibt charakteristische Briefe, wo z. B. folgendes gesagt wird: „Bei uns ist alles viel früher. Die Partei ist unbrauchbar; wir müssen dem Weg Liebknechts folgen, der gegen die Sozialdemokratie auftrat. Man spricht, daß die Partei nicht genügt; daß sie opportunistisch und unentwikkelt ist, daß es notwendig ist, aus den Reihen der

aus eine Niederlage erleiden, ohne Risiko aber kann man sich nicht wehren. Die Kommunisten hingegen werden brechen.) Bei der Lösung der Probleme der Brester Friedensabschlusses hat man viel über den revolutionären Krieg geredet und Lenin kämpft um den Abschluß des Friedens mit uns. Wir sind die einzigen Bourgeoisie zu erschaffen, dafür ist es notwendig, beide Hände frei zu lassen. Indem wir das tun, machen wir unsere Hände frei und dann können wir einen revolutionären Krieg gegen den deutschen Sozialismus führen. Um 1921 herum war die Bourgeoisie in Deutschland tot. Die Bolschewiken sind geistig erstickt. Die Bolschewiken haben die Bourgeoisie vergessen haben, geben sich dem friedlichen Aufbau hin und denken, naiv, daß dieser friedliche Aufbau mit den Konzeptionen der New-Left, des reichen Bauern (Kulaki), der Privatisierung des Sozialismus führen wird. Nieder mit dem friedlichen Aufbau. Es lebe der revolutionäre Krieg! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe die Revolution! Es lebe der Kommunismus! Wrasnaja, (Jahrgang 12, 2, 1972)

Die deutsche Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung von ihren Führern vom Kopf bis zur Zeh beschmutzt, in Morast kapitalistischer Liebedienerei, ministerialistischen Lakaienums wadend, Fäulnis bis in Mark und Knochen, korruptiert, diskreditiert vor aller Welt. Jeder ehrliche Klassenkämpfer, jeder ehrliche Internationalist, jeder aufrichtige Sozialist sich mit Ekel von ihnen abwendend. Das einst so stolze Gebäude der sozialistischen Arbeiterorganisationsen geborsten. Die Arbeiterbewegung vor die Notwendigkeit eines mühseligen inneren Kampfes gestellt, der Jahre hindurch währren wird.

sein Artikel: „Die Malleier und ihre Bedeutung“ aus, dem selben Jahre.

„In Deutschland hat sich die Sozialdemokratische Partei zur stärksten politischen Partei und damit der Klassenkampfsache die größte Bedeutung beigemessen. Die Sozialdemokratie ausgeht, politische Komplikationen im Gefolge hat, die von der einschneidendsten Bedeutung für das gesamte öffentliche Leben sind. Mit dem Wachstum der Partei wächst auch die Schwere der Verantwortung im Falle von Niederlagen. Die Partei muß also nicht nur jeden Schritt doppelt und dreifach erwägen, sie darf auch auf keine Kampfmittel verzichten.“

„Schließlich ist, andersers sinkt die Bedeutung von Demonstrationen für eine Partei in demselben Maße, wie ihre Wirkliche Macht wächst. . . . Daß Entscheidende aber ist, daß von der Partei eine solche Kampfmittel nicht nur nicht verwendet werden kann: ob mit einem Mittel, daß sicher fast große Opfer aber fast ebenso sicher zunächst keine Erfolge, oder mit einem Mittel, das verhältnismäßig geringe Opfer, aber einen gewissen Erfolg verspricht.“

„Wozu? . . . Ich die Möglichkeit, mit dem Stimmzettel wahrscheinlich zu erreichen, was ich mit der Demonstration wahrscheinlich nicht erreiche, so greife ich zur dem ersten und tue das zweite, und schließlich einem anderen zu verschaffen, was ich selbst bereits besitze.“

„In vielen Artikeln der damaligen Zeit ist die Rede von dem bald zu erwartenden „großen Kladderatsch“, d. h. von dem bald bevorstehenden Bürgerkrieg, in dem die Arbeiterklasse die Macht übernehmen könne. So finden wir in der deutschen Malleischrift von 1905 folgenden Hinweis bezüglich der Teilnahme: „Wir wünschen, daß die Arbeiterklasse die Herrschaft über die Erde, die Rationalität unserer Gegner und in den Welt werden können.“ Dieser Ausspruch weist schon auf eine zweite Tendenz in der damaligen Parteiführung hin, die schneidbar war: die „Rationalität“ der Gegner und die „Herrschaft“ in Wirklichkeit über seine Ergründung ist.

Auf diese Art und Weise vermißt man, die Arbeiterschaft für ernsthafte politische Kämpfe zu schulen und noch vielmehr, sie in „Rationalität“ zu versetzen.

Wir die üblichen, revolutionären Phrasen umgarnen, die die Auflösung der grundsätzlichen Fragen des revolutionären Kampfes, indem man dem Proletariat auf die leichtsinnigste, ja, verblödetste Weise vorsetzt.

„Wir, die Arbeiter, werden, erzinnen würde, machte man es ratsamlich, umgarnen solche Kampfe siegreich zu führen. Und das alle

Je weiter sich die Mafelern entwickelte, um so mehr verlor sie ihre ursprüngliche revolutionäre Bedeutung. Sie wurde auch kaum noch als ein Mittel zur Heranziehung und Erziehung der Arbeiter in die proletarische Bewegung genutzt, sondern immer mehr eine oberflächliche Demonstration. Trotz der angeblich „Spielend“ leicht zu überwindenden Hindernisse, richtete der Parteivorstand noch 1907 einen Aufruf an die Arbeiter, die Mafelern zu besuchen. In der Tat bestand die Gewißheit, daß die Arbeitsruhe am Maitag zu einer Aussparung führt, unter den obwaltenden Umständen sei von einer Arbeitsruhe abzusehen. Die Arbeiter, die nicht in die Mafelern gingen, mußten sich mit der Gewißheit auseinandersetzen, daß sie zusammenkommen, um ihren Forderungen und Bestrebungen den gebührenden Ausdruck zu geben.“ Selbst der damals wegen seiner Opposition neizenden Arbeiterschwanz war dieser Hauptursache der Mafelern nicht gewahr. Er sah nur die Mafelersätze, die am Schluß des Aufrufs standen. Blenden, sondern stellte sehr richtig fest, daß dieser Aufruf der Parteileitung geradezu eine Herausforderung an die Unternehmer zum Nestkampf war.

Der Weltkrieg stellte den revolutionären Geist der deutschen Sozialdemokratie auf die Probe und die Durchführung des 1. Mai entpante sich als eifrig Ernst und Ruchlosigkeit. Die Arbeiter gingen in die Mafelern, nicht aus der Klassenfront in die Imperialistischen Schützengräben. So sicher fühlte sich die Bourgeoisie in ihrer Macht, daß das

Marxismus ist eine revolutionäre Weltanschauung, die stets nach neuen Erkenntnissen ringen muß, die nichts so sehr vorausehet wie das Erstarren in einmal gültigen Formen, die am besten im geistigen Waffengokkür der Selbstkritik und im geschichtlichen Blitz und Donner ihre Kraft bewährt."

Rosa Luxemburg: "Die Akkumulation des Kapitals."

Die viermal so hohe heutige Arbeitslosigkeit gegen das Vorjahr ist natürlich kein Gradmesser für die Produktion. Denn dann müßte diese ja auf den vierten Teil gesunken sein. In Wirklichkeit ist sie nur sehr wenig gesunken. Die Rationalisierung, die verschärfte Ausbeutung, die freiwillige Mehrarbeit der Proletarier sind die Ursachen, daß etwa 5-Millionen brotlose Sklaven 1926 den 1. Mai feiern".

Seitdem hat die Malfeier, als Kampftag wie sie ursprünglich gedacht war, an Bedeutung verloren. Die Malporolen "Frieden", ein "menschliches Leben" usw. sind leere Phrasen. Man erhält von seiten der Sozialdemokratie und Gewerkschaften Anrufe für eine Teilnahme am Wettbewerb. Vielfach werden Arbeiter den 10 bis 12-Stundentag und das Dawes-Abkommen, "Arbeiterführer" sitzen als Aufsichtsräte in kapitalistischen Unternehmen und eine Korruptionsaffäre und Betrugerei des Staates nach der andere stinkt zum Himmel. Für revolutionäre Arbeiter hat die Malfeier nur eine Bedeutung, wenn man an diesem Tage Rückschau hält. Lehren zieht man aus dem Kampf gegen die Malfeiern nicht zu dem Zweckes ehrgl. allein die alte Maloffene war: Sturz der bürgerlichen, der kapitalistischen Gesellschaft.

Jugend und 1. Mai

„Seld einig und begrabt das Trennende der Vergangenheit“ so wird es heute den Proletariern von ihren Massenorganisationen zugerufen.
Einig für was?
Vergessen, warum?
Etwa einig im eiskalten revolutionären Bestreben den Kapitalismus zu stürzen und die proletarische Diktatur, den Kommunismus zu errichten?
Nein, einig, den heutigen schwankenden, totgeworbenen Kapitalismus zu stützen und die mit ihm auf Gedeih und Verderb verbundenen Organisationen, parlamentarische Parteien und Gewerkschaften, zu erhalten. Einig im Interesse der Geschäfte des deutschen und russischen Kapitals.

Und für diese Einigkeit ist Vergessen notwendig. Denn jeder Blick auf die Vergangenheit zeigt die Unmöglichkeit der „Einheitsfront“.
Vergessen soll ihr Proletariat den Noske, die Spartakuskämpfe, den Kampf Liebknechts.
Vergessen, daß die Gewerkschaften schlimmer als die Orgehe und die Amsterdamer Geilen sind.
Vergessen, daß die Sozialdemokraten gemeinsam mit den weißen Gardien die Revolution gemeuchelt haben.

Ihr sollt mit ihnen gemeinsam heute „kämpfen“. Demokratisch, parlamentarisch. Ihr sollt eure Lebenslage „verbessern“ und hinein in die Gewerkschaften. Ihr sollt euch „erheben“ in den Produktionsprozess. Ihr sollt demonstrieren.

Ihr sollt alles, nur nicht die Frage der revolutionären Kämpfe und die Beseitigung des fluchwürdigen Systems auf die Tagesordnung stellen.

Und auch, ohne Oskiffler gewerkschaftlicher und parlamentarischer Parteipfaffen zum Trotz verlangt die Stunde immer wieder von uns Proletariern die Lösung dieser einen großen Aufgabe.

Inmitten der Festkette der Umzüge in allen Betrieben erheben wir immer wieder die Frage: für oder gegen die Revolution.

Jedem Arbeiter wird es bei Betrachtung der heutigen Lage klar, daß die proletarische Revolution der einzige Ausweg bedeutet. Die Massenarbeitslosigkeit wird Dauererscheinung. Die Löhne werden weiter gedrückt. Der Hungerriemen enger gezogen.

Das Welttrübsal in der ganzen Welt gesteuert, neue Kriege vorbereitet.

Allen „Friedenskonferenzen“ zum Trotz tönt der Waffenlärm in der ganzen Welt immer lauter.

In jedem Lande wütet der offene Bürgerkrieg oder der stille Hungerkrieg des Proletariats.

Alle Kriegsvorbereitungen der Kapitalisten „der ganzen Welt gegen den inneren und äußeren Feind sollen ihm helfen der gewaltigen Katastrophe, der Todeskrise des Kapitals Herr zu werden.“

Das Leben des Kapitals geht auf Kosten des Lebens der Arbeiterklasse. Deshalb haben wir keine Minute Zeit zu zögern, keinen Handschlag zu unterlassen, alles zu tun um den Kapitalismus zu stürzen.

Der bewußte revolutionäre Kampf verlangt dies von der ganzen Arbeiterschaft.

Wir jungen Arbeiter stellen uns mit in den Dienst dieser gemeinsamen großen Aufgabe. Wir werden in diesem Kampf die Mittel der antilagerwirtschaftlichen und antiparlamentarischen Kämpfer sein. Wir wenden uns gegen die „demokratische“ Republik mit allen ihren Einrichtungen als die Stütze der heutigen Ausbeuterwirtschaft. Das Kapital führt bewußt den Krieg gegen die Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft weiß mit den gleichen Schlägen zu antworten.

In allen Betrieben muß die rote Klassenfront erstehen zum Sturze des Kapitals. Überall muß das Berufsfront zum Teil gelöst und die Führung in proletarische Hände, der revolutionären Räte gelegt werden. Jeder demokratische Betrug muß rücksichtslos zerschlagen und alle reformistischen Illusionen abgestreift werden.

Am 1. Mai stellt der falsche reformistische, kapitalerhaltende Einheitsfront die bewußte revolutionäre Front entgegen.

Ihr jungen Arbeiter der SAJ., der KJ. und des Jungsturm blickt zurück auf die Geschichte und überlegt wohl ihr marschieret.

Nichts vergessen! Immer daran denken, der 1. Mai soll Kampftag sein gegen allen Opportunismus und Reformismus. Tag der Sammlung der revolutionären Kräfte des ganzen Proletariats zum Sturze des Kapitals.

Deshalb kämpft mit uns: Für den Sturz des Kapitals.

Gegen die „Demokratie“. Für die Diktatur des Proletariats.

Gegen die Einheitsfront mit Verrätern am Proletariat. — Für die rote Klassenfront in den Betrieben.

Für die Weltrevolution.

Für den Kommunismus.

Kommunistische Arbeiter-Jugend.

Malversammlungen

der KAPD und der AUU.

Am 1. Mai, vormittags 10 Uhr:

Pharus-Säle, Müllerstraße 42.

Andreas-Festsäle, Andreasstraße 21.

Erbe's Festsäle, (Kleiner) Hasenheide 15.

Nowaweg: Gesellschaften Turnhalle, Auguststraße.

Thema:

Reformistische Einheitsfront oder Revolutionäre Klassenfront?

Arbeiter, besucht die Veranstaltungen des revolutionären Proletariats!

Kapital hilflos die Hand bieten. Streiks und Aussperrungen gehören zur Tagesordnung. Die Unternehmensebene führt, wie in Deutschland, den Kampf um den Lohnabbau, da sonst die Industrie mit der Auslands-Konkurrenz angeblich nicht mithinkommt.

Oesterreich.

Das kleine, für die Weltwirtschaft sehr unwichtige Agrarland ist in seiner Wirtschaftslage stark an Deutschland angelehnt. Die Zerstörung der Wirtschaft wird illustriert durch folgende Zahlen der Außenhandelsbilanz (in Millionen Schilling):

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Defizit
1924	3448	1971	1477
1925	3773	1409	2364

Oesterreich „gesund“ wie Deutschland. Die große Arbeitslosigkeit zwingt zur Beschränkung der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, wodurch der Einfuhrüberschuß von 1477 auf 564 Millionen Schilling gesunken ist. Die riesigen Korruptionsskandale der „roten“ Herrschaft des Wiener Sozialismus sind die Früchte die aus dem österreichischen Gewerkschaftsumsturz wachsen.

Amerika

weist die entgegengesetzte Tendenz auf wie alle europäischen Staaten. Seine Ausfuhr ist stark gestiegen, die Einfuhr übersteigt die Rohstoffproduktion. Infolge der Ueberfüllung des eigenen Marktes haben Auto- und Textilindustrie ihre Produktion allerdings schon stark eingeschränkt. Die Ausfuhr dagegen sehr gestiegen. Die amerikanische Kapitalist auf die billigen europäischen Löhne und jetzt dazu über seine Auslandsbesitzungen durch Erleichterung von Zweigfabriken in Europa zu versetzen, um auch die amerikanischen Löhne zu drücken. Das bedeutet aber auch, daß das amerikanische Kapital sein Schicksal mit dem europäischen verknüpft und durch die steigende Produktion seine eigene Krise beschleunigt.

Asien

rüstet industriell vor, verporzt sich in steigendem Maße selbst und entzieht dem alten Kapitalismus die Absatzmärkte. Die Verdrängung des Weltproletariats ist die Folge. Europa ist dem Untergang geweiht, dem deutschen Proletariat geht es zuerst an die Nieren. An ihm kezt es sich zum Anreiz zu formieren. Nur durch den Zusammenschluß zu Betriebsorganisationen wird es die „Führung“ der Gewerkschaften und Parteiparteien abschütteln und die Kraft aufbringen können sich zum Herrn über die Produktionsmittel zu machen.

„Jugendrober und für den Kampf verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Hasdonal, Berlin O. 17, Langestraße 79.

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — drei Mark

Name

Ort

Strasse

Nr.

Der Bestellzettel ist als Drucksaat oder persönlich an eine der obigen Adressen oder direkt an die Buchdruckerei „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“, Berlin O. 17, Warschauer Straße 49, zu senden.

Die verhältnismäßig geringfügige Senkung der Arbeitslosenquote gegen das Vorjahr, die ohnehin noch auf die Streckung der Erwerbslosenunterstützung zurückzuführen sein wird, beweist, daß sich die verschlechternde Tendenz fortsetzt. Für das Proletariat ist aber lediglich die Höhe der Arbeitslosigkeit, das Maß seiner Leiden und Bedrückung maßgebend für die Beurteilung der Wirtschaftslage, nicht, ob einige Kapitalisten Profite machen durch Verschiebung von lebensnotwendigen Produkten nach dem Auslande.

An dem deutschen Proletariat liegt es, das Banner des Aufmarschs auf den kapitalistischen Trümmern aufzuräumen und den internationalen Proletariat das Signal zum Angriff zu geben. Deutschland ist immer noch der Brennpunkt der Weltrevolution, weil es der Krisenherd der Weltwirtschaft ist. Aus dieser Ursache werden die Ablenkungsmanöver von Völkern entschieden auszuführen, um die Proletariats in den gewerkschaftlichen und parlamentarischen Hürden zu halten.

England.

Das Arbeitslosentum von mehr als einer Million ist seit dem Kriege „stabilisiert“. Der Saisonrückgang der Arbeitslosenquote scheint, wie dies auch die epische Arbeitslosenquote auf Schattierung behauptet, auf schmerzhaften Frust zu beruhen in erster Linie auf der Entziehung der Unterstützung und Streichung aus den Registern. Die Einfuhr ist gegen das Vorjahr gestiegen, die Ausfuhr gesunken, trotzdem der Kohlenbergbau infolge der reichlichen Staatsunterstützung seine Ausfuhr stark gesteigert hat. Die sehr große Textilindustrie hat sehr stark stillgelegt, eingeschränkt und arbeitet kurz. Das Außenhandelsdefizit hat sich gegen das Vorjahr verschlechtert (von 336 auf 396 Millionen Pfund Sterling). Die „Arbeitslosenquote“ Mac Donaghs hat sich durch weitere Staatsunterstützung hinausgeschoben. Den verbleibenden Arbeitslosen des Kapitals und der Gewerkschaften scheint es zu gelingen, den Burgfrieden im Bergbau weiter aufrechtzuerhalten. In der Metallindustrie wird aber der Kampf gegen die Verelendung der Arbeiter im Mai nicht zu vermeiden sein. Die englischen Löhne haben sinkende Tendenz. Den Gewerkschaften gelingt es fast immer, unter Hinweis auf die sinkenden Löhne in Deutschland, die Arbeiter von einer Abwehr abzuhalten.

Frankreich.

Die Zahlen des französischen Außenhandels zeigen eine günstige Entwicklung der französischen Wirtschaft an. Wertmäßig — bei der fortwährenden Entwertung des Franken nicht verwunderlich — sind die Gesamteinfuhr und die Gesamtausfuhr gestiegen. (Ausfuhrüberschuß im Jahre 1925 14 Milliarden Franken. Mengenergebnis jedoch ist die Einfuhr mit 47,4 Mill. und die Ausfuhr mit 30,2 Mill. t aber nur um 0,8 Mill. t größer als im Jahre 1924. Die so gegebene Verbesserung der Handelsbilanz ist natürlich zum allergrößten Teil durch den Frankensubstanz bedingt, der wie eine Einfuhrschranke und eine Ausfuhrhilfe wirkt. Einfuhrbehinderung und Ausfuhrerleichterung geben auch die Grundzüge ab für eine günstige Konjunktur der französischen Industrie, die in den letzten Monaten aber immer mehr über steigenden Absatzmangel klagt. Die Arbeitslosigkeit ist infolge der industriellen Rezessionen auf 14,5 Millionen gestiegen. Die französische Industrie ist mit der Hälfte ihrer Produktion auf die Ausfuhr angewiesen. Die Inflation ist aber schon in einem Stadium, wo sie beginnen muß, sich produktionshemmend auszuwirken (durch immer geringeren Absatz im Inlande infolge der durch die Geldentwertung abnehmenden Löhne).

Politisch wirkt die französische Wirtschaftskrise (durch die vollständig zerstörte Finanzverhältnisse des Staates) durch immer schneller wechselnde Kabinettskrisen und immer stärkerer Bestürzung der Arbeiterklasse. Die fortwährende Verelendung hat eine Kette fortwährender Streiks und Aussperrungen hervorgerufen. Die Gewerkschaften und parlamentarischen Arbeiterparteien übertreffen — wie in Deutschland — die Bourgeoisie mit Kettenstreikprogrammen für die nächsten Monate. Die Kette der Streiks und der Widerstand Moskau — wieder gegenseitig mit Reformplänen überfallen. Bei den letzten Wahlen im März kam die schlechte Lage, d. h. durch einen Stimmenzuwachs für die Parlamentskommunisten zum Ausdruck.

Belgien.

Die Wirtschaftslage Belgiens ist am besten zu vergleichen mit derjenigen Frankreichs. Wie dieses hat es durch die Reparationslieferungen seitens Deutschlands und durch Inflationskonkurrenz seine Produktionsmittel weit über den Stand der Vorkriegszeit hinaus ausgebaut, ohne aber die Höhe der Produktion der Vorkriegszeit erreicht zu haben. Der Leertand der Industrie verleiht die Produktion und trägt die Profite weg. Die seit Jahren andauernden Lohnherabsetzungen führen zu ewigen Reibereien und trotz aller Bremsversuche der Gewerkschaften zu Streiks und Aussperrungen. Die Lage der Arbeiterklasse hat eine stark verelendernde Tendenz. Der Kampf um den Arbeitslohn, die Kapitalverhältnisse und weiterer Einschränkung der Arbeiterzahl und zur stärkeren Ausbeutung der Beschäftigten. Die belgische wie die französische Industrie wehren sich gegen die deutschen Reparationslieferungen.

Polen.

In dem deutsch-russischen Pufferstaat kann man wirklich von „polnischer Wirtschaft“ sprechen. Trotzdem Polen überwiegend Agrarstaat ist, ist die Not der Arbeiterklasse unaussprechlich groß. Der deutsch-polnische Wirtschaftskrieg, der zwar vom deutschen Kapital angereizt, vom polnischen Kapital aber nichtdestoweniger kräftig geschürt wurde, hat der polnischen Industrie nicht nur nicht eine Absatzsteigerung am Inlandmarkt gebracht, sondern die Produktion noch mehr zurückgeworfen. Die Kaufkraft noch mehr eingeschränkt, die ostpolnische Montanindustrie und die ebenfalls ausgedehnte Textilindustrie des Lodzer Bezirkes sind vollständig zerstört und haben jede Produktionsgrundlage verloren. Ziffernmäßig sind die Mehrheit der polnischen Banken längst zusammengebrochen.

Trotz enormer und drückender Steuern ist auch die Finanzgrundlage des Staates vollkommen zerstört. Die amerikanischen Privatkapitalisten, die selbst nicht die vorteilhaftesten deutschen Aktien schnell überkauften und faule deutsche Papiere überzahlten, um ihre Gelder nicht staslos

7. Jahrg. Nr. 33

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

April 1926
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 294 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)
Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post halbjährlich 1,50 Mark, vierteljährlich 0,75 Mark, monatlich 0,25 Mark. Zahlung bis 5. Belegungswoche 20. jeden Monats.

Das deutsch-russische Kapitalbündnis

Moskaus neueste Heldentat

Angenommen, ein Militärbündnis wäre von der Sowjetrepublik mit einem Bourgeoisien-Staat geschlossen, so würde es Pflicht der Genossen sein, dieses Bündnis zu zerbrechen. — Was die Strategie im allgemeinen Kampf anbetrifft, so ist es vorzuschreiben durch die Kommunistische Internationale“ (Bucharin auf dem 4. Kongress der Komintern, Rote Fahne vom 18. Januar 1925).

Moskau hat wieder einmal — um im Jarzon leninistischer Terminologie zu sprechen — einen „glänzenden diplomatischen Sieg“ feiert. Weiter reicht es weder bei dem deutschen noch bei dem russischen Kapital. Die Linie jedoch ist die in obigen Sätzen schon 1923 bezogene, die Rolle, die Moskau dem Proletariat dabei zuweist, dieselbe. Es hat den Hebel des eigenen Landes die Säbel auszuheben, bis wieder Frieden wird in Berlin. Bucharin hat nur vergessen zu sagen, daß die 3. Internationale gleich der 2. eben auch ein „Instrument im Frieden“ ist. Wir haben nebstehende den Wortlaut mit seiner Dogmatik veröffentlicht, und müssen uns heute mit einigen Glossen begnügen. Der geschulte, proletarische Leser wird schon durch das Studium des Vertrages selbst sehen, daß der Geist, die wahren Ursachen, die zu diesen Formulierungen führten, einen neuen dicken Strich unter die einmal revolutionäre Vergangenheit des einstmaligen revolutionären Russland bedeuten.

Das deutsche Kapital ist infolge seiner sich immer mehr verschärfenden Krise einerseits, andererseits durch seine politische-militärische Ohnmacht gezwungen, das verlorene hohe Ziel vom schönen Völkerbündnis und seinen schönen Idealen zu streichen. In der Begrifflichkeit wird dies scharf betont, und Herr Krestinski ist gezwungen, dies ohne Widerspruch zur Kenntnis zu nehmen. Gezwungen durch die ökonomische Lage Russlands und seiner friedliebenden Bauern, diese Bedingung, Anerkennung der „Völkerbündnisse“ ist die Bedingung aller Staaten, mit denen Russland Verträge abzuschließen gedenkt. Dem die „Völkerbündnisse“ ist immer der Ausdruck der Ohnmacht des betreffenden Staates. Das Amerika, England diese „Idee“ unterstützen, ist kein Widerspruch. Sie können diese „Idee“ benutzen, um den Völkerbund zu einem Machtinstrument für ihre Interessen zu gestalten. Dadurch, daß Russland diese „Idee“ unterstützt, und seine Verträge auf diese „Idee“ aufbaut, ist bewiesen, daß es selbst auf dem Wege zum „Völkerbündnis“ steht. Das deutsche Kapital hat gegen den Völkerbund diesen kräftigen Toss riskiert, mit dem Zweck, Konkrete an zu verlangen, was es überzeugt war, daß der Zeitpunkt kommen wird, wo es zu Kreuze kriechen muß. Dasselbe ist mit Russland der Fall. In der Phrase ist es noch! — dagegen. In der Tat ist es auf dem Wege, Mitglied der kapitalistischen Räuberbande zu werden. Die formelle Seite des Vertrages ist also schon eine völlige Kapitulation vor dem deutschen Kapital, daß an Locarno nicht rütteln kann und will. Aber zugleich Zeit erfüllt die Stellung des deutschen Kapitals eine gewisse Festigung. Der zu Boden geschlagene deutsche Imperialismus hofft, auf den Krücken Krestinski solange humpeln zu können, bis er vom Tische des „Völkerbundes“ ein paar Brocken ergattert. — Das ist der „diplomatische Sieg“.

Weil Deutschland Politik treibt, weil es sich nicht durch einen Vertrag mit dem „revolutionären“ — darüber lachen schon bald die Hüfner! — Zustand andere Wege verarmen will, enthält der Vertrag nur das, was nicht anständig ist. Das deutsche Kapital verpflichtet sich jedoch zu nichts, und der Vertrag spricht aus, daß im Falle einer Unterstützung durch „Neutralität“ letzten Endes das deutsche Kapital selbst entscheidet, ob es zu dieser Unterstützung verpflichtet ist. Das revolutionäre Proletariat weiß, daß selbst bei der „Neutralität“ der russischen Staaten diesen einen Feind-Papier darstellt, wenn bei irgend welchen Konflikten diese Verträge nicht mehr den Interessen und der jeweiligen Machtpositionen entsprechen. In diesem Falle stellt der Vertrag sogar dem deutschen Kapital das Zweifels als „christlichen“ Partner aus. Da es in keinem Zeitpunkt und zu nichts auch nur formell verpflichtet ist: Wie laßt die Frage auf, wieso denn die Russen sich auf einen solchen Vertrag einlassen konnten, der ihnen

Der Friedensvertrag

Der am 24. April in Berlin unterzeichnete Vertrag zwischen Deutschland und Russland hat folgenden Wortlaut:
Die Deutsche Regierung und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, von dem Wunsche geleitet, alles zu tun, was zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens beitragen kann, und in der Überzeugung, daß das Interesse des deutschen Volkes und der Völker der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken eine ständige vertrauensvolle Zusammenarbeit erfordert, sind übereingekommen, die zwischen ihnen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen durch einen besonderen Vertrag zu bekräftigen und haben zu diesem Zwecke zu Bevollmächtigten ernannt:
Die Deutsche Regierung: den Reichsminister des Auswärtigen Herrn Dr. Gustav Stresemann,
die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken: den außerordentlichen und bevollmächtigten Boten der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, Herrn Nikolajewitsch Krestinski, die nach Austausch ihrer in guter und gehobener Form befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart haben:

Artikel 1. Die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken bleibt der Vertrag von Rapallo.
Die Deutsche Regierung und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken werden in freundschaftlicher Fühlung miteinander bleiben, um über alle ihre beiden Länder gemeinsam beruhenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art eine Verständigung herbeizuführen.
Artikel 2. Sollte einer der vertragschließenden Teile trotz friedlichen Verhältnisses von einer dritten Macht oder von mehreren dritten Mächten angegriffen werden, so wird der andere vertragschließende Teil während der ganzen Dauer des Konfliktes Neutralität beobachten.

Artikel 3. Sollte aus Anlaß eines Konfliktes der in Artikel 2 erwähnten Art oder auch zu einer Zeit, in der sich keiner der vertragschließenden Teile in kriegerischen Verwicklungen befindet, zwischen dritten Mächten eine Koalition zu dem Zwecke geschlossen werden, gegen einen der vertragschließenden Teile einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu verhängen, so wird sich der andere vertragschließende Teil einer solchen Koalition nicht anschließen.
Artikel 4. Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden.
Der Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und wird für die Dauer von fünf Jahren, die beiden vertragschließenden Teile werden sich rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist über die weitere Gestaltung ihrer politischen Beziehungen verständigen.
Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

Ausfertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 24. April 26. (gez.) Stresemann, (gez.) Krestinski.

Die Begegnung.

Stresemann am Krestinski.

Zugleich mit diesem Vertrag wird eine Note Stresemanns an Krestinski und die Antwort Krestinski an Stresemann veröffentlicht. Der deutsche Minister schreibt dem Vertreter Russlands:

Herr Botschafter!

Mit Beziehung auf die Verhandlungen über den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der deutschen Regierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beehre ich mich namens der deutschen Regierung folgendes festzustellen:
1. Beide Regierungen sind bei den Verhandlungen über den Vertrag bei der Vorsehung übereinstimmend von der Auffassung ausgegangen, daß der von ihnen in Artikel 1 Absatz 2 des Vertrages festgelegte Grundsatz der Verständigung über alle die beiden Länder gemeinsam beruhenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art wesentlich zu der Erhaltung des allgemeinen Friedens beitragen wird. Jedemfalls werden sich die beiden Regierungen bei ihren Auseinandersetzungen keine Vorteile bringen. Daß die Russen mit allen Händen setzt, mit allen Wassern gewaschen sind, weiß doch jeder. Hier kommt nur zu den Kapiteln, die nicht in dem Vertrag stehen. Diese Kapitel nicht mitzubringen, lag im besonderen Interesse. Denn es gibt doch noch außer dem deutschen und russischen Kapital das Proletariat, das für die Aufrechterhaltung des Friedens ein Interesse hat. Diese Frage gebietet der russischen Regierung ein besonderes Interesse. Die russische Regierung muß ihre Aufgabe in diesem Sinne bringen mit der „Einheitspolitik“ seiner 3. Internationale, die die Sektionen. Wenn Russland in dem Vertrag eine Koalition mit dem deutschen Kapital als „christlichen“ Partner ausstellt, so ist es in keinem Zeitpunkt und zu nichts auch nur formell verpflichtet ist: Wie laßt die Frage auf, wieso denn die Russen sich auf einen solchen Vertrag einlassen konnten, der ihnen

andere Setzungen von dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit der Erhaltung des allgemeinen Friedens leiten lassen.

2. In diesem Sinne haben die beiden Regierungen auch die grundsätzlichen Fragen erörtert, die mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängen. Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß die Zugabe Russlands zum Völkerbund kein Hindernis für die freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bilden kann. Der Völkerbund ist seiner grundsätzlichen Idee nach zur friedlichen und gerechten Ausgleiche internationaler Gegensätze bestimmt. Die deutsche Regierung ist entschlossen, an der Verwirklichung dieser Idee nach Kräften mitzuarbeiten. Sollten dagegen, was die deutsche Regierung nicht annimmt, im Rahmen des Völkerbundes irgend wann Bestrebungen hervortreten, die im Widerspruch mit jener grundsätzlichen Friedensidee, einseitig gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gerichtet wären, so würden Deutschland derartige Bestrebungen mit allem Nachdruck ablehnen.

3. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß diese grundsätzliche Einstellung der deutschen Politik gegenüber der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auch nicht durch die loyalen Beobachtung der Verpflichtungen bedingt werden kann, die sich für Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerbund aus den Artikeln 16 und 17 der Völkerbundsatzung über das Sanktionsverfahren ergeben würden. Nach dem Artikel 16 der Satzung sind die Sanktionen gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, abgesehen von weiteren Voraussetzungen, nur dann in Betracht, wenn die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einen Angriffskrieg gegen einen dritten Staat verübt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Frage, ob die Union der Sozialistischen Sowjetrepublik bei einem bewaffneten Konflikt mit einem dritten Staat der Angreifer ist, mit besonderer Wichtigkeit für Deutschland nur mit dessen eigener Zustimmung entschieden werden konnte, und daß somit eine in dieser Hinsicht etwa von anderen Mächten gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erhobene, nach deutscher Ansicht nicht berechtigte Beschuldigung Deutschlands nicht zwingen würde, an irgendwelchen auf Grund des Artikel 16 einzuleitenden Maßnahmen teilzunehmen. Wegen der Frage, ob und in welchem Maße Deutschland im konkreten Falle überhaupt in Erwägung ist, einen Sanktionsverfahren beizutreten, verweist die deutsche Regierung auf die bei Gelegenheit der Unterzeichnung des Vertragswerkes von Locarno an die deutsche Delegation gerichtete Note vom 1. Dezember 1925 über die Auslegung des Artikels 16.

4. Um die reibungslose Erledigung aller zwischen ihnen auftretenden Fragen eine sichere Grundlage zu schaffen, halten die beiden Regierungen eine allgemeine Verständigung über friedlichen Lösung der zwischen den beiden Teilen etwa bestehenden Konflikte einzutreten, wobei insbesondere die Möglichkeiten des schiedsgerichtlichen Verfahrens und des Vergleichsverfahrens berücksichtigt werden sollen.

Genehmigt S. S. 159. (gez.) Stresemann.

Krestinski an Stresemann.

Auf diese Note des deutschen Außenministers antwortete der Vertreter der russischen Regierung:

Herr Reichsminister!

Indem ich den Empfang der Note bestätige, die Sie mit Beziehung auf die Verhandlungen über den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der deutschen Regierung an mich gerichtet haben, beehre ich mich darauf namens der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken folgendes zu erwidern:

1. (Entspricht wörtlich Punkt 1 der deutschen Note, Siehe oben, Red. der „KAZ“.)

2. Hinsichtlich der grundsätzlichen Fragen, die mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängen, nimmt die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Akt von den Erklärungen, die in den Ziffern 2 und 3 ihrer Note enthalten sind.

3. (Entspricht wörtlich Punkt 4 der deutschen Note, siehe oben, Red. der „KAZ“.)

heranzubringen; die 3. Internationale kommt nicht so recht mit. Die Proletarier werden schon so wie so stutzig, und die deutsche Partei geht bereits schwächer mit dem Kinde, daß die russische Revolution einst zeigte. Bis jetzt haben alle Freiheitsversuche nichts gebohrt und wenn man die Augen und herabgetragene Mütter zu sehr unterdrückt, den Hauptmann nach Amsterdam, dann kommt ein solches Licht von den Toren des ersehnten Ziels, so rot und widerwartiger Bengel, noch erblich belastet mit revolutionären Untugenden, in den Sand. Dann liegt die alte Mauer erst einmal im Kniefest und ist nicht zu sehen. Die alte Mauer stirbt, — was bei ihren Strahlen die 3. Internationale erst die Opposition — hauptsächlich in der deutschen Partei — abtreiben. Denn bedauer-